Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2.00 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2.00 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 40 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 17. Februar 1931

Arbeitsnot und Arbeitszeit.

Die „Fünftagewoche".

Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes.

Eine Neuregelung von Arbeitsbedingungen ist jetzt, nach dem Abkommen zwischen den Gewerkschaften und dem Verbande Berliner Metallindustrieller, in den Betrieben der Berliner Metallindustrie eingeführt worden. Es handelt sich dabei für die Arbeiter um die

Einführung der Fünftagewoche,

für die Angestellten um späteren Arbeitsbeginn und früheren Arbeitsschluß.

Durch diese Einrichtung soll ein weiterer Abbau von Angestellten und eine weitere Entlassung von Arbeitern verhindert werden. Von jetzt ab werden also bei den dem Verbande Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben

keine weiteren Entlassungen

von Arbeitern und Angestellten mehr vorgenommen. Ferner soll durch die Arbeitszeitverkürzung die Neueinstellung von Arbeitslosenkräften ermöglicht werden. Man erhofft von diesen Maßnahmen ein günstiges Ergebnis, das vielleicht den anderen Zweigen der Wirtschaft Anlaß geben wird, zu gleichen Mitteln zu greifen, um dadurch eine wirksame

Verminderung des Arbeitslosenheeres

und eine fühlbare Erleichterung des Arbeitsmarktes zu erreichen.

Auch die Howaldts-Werft in Kiel hat die Arbeitszeit von 48 Stunden herabgesetzt. Die Herabsetzung erfolgt, um zur Linderung der Arbeitslosigkeit die Zahl der Arbeiter des Werkes

um 20 Prozent erhöhen zu können.

Die gleiche Maßnahme soll in den Hamburger Betrieben der Werft durchgeführt werden.

Neue Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung.

Dem Reichstag ist vom freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring der Entwurf eines Arbeitszeitnotgesetzes zur Entlastung des Arbeitsmarktes zugegangen. Nach diesem soll der Reichsarbeitsminister die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit auf eine kürzere Zeit als acht Stunden täglich begrenzen können. An Stelle einer Verkürzung der werktäglichen Arbeitszeit oder in Verbindung damit soll auch

eine Verkürzung der Arbeitswoche

auf weniger als sechs Tage möglich werden. Die Anordnungen selbst sollen für bestimmte Erwerbszweige ergehen, nachdem der vorläufige Reichswirtschaftsrat und der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gehört worden sind. Die Arbeitgeber der Betriebszweige, für die eine Arbeitszeitverkürzung angeordnet worden ist, sollen verpflichtet sein, entsprechend der Arbeitszeitverkürzung

durch Neueinstellung

von Arbeitskräften die Belegschaft zu vergrößern. Eine Verkürzung der Arbeitszeit soll nicht erfolgen, wenn volkswirtschaftliche oder zwingende Gründe dem entgegenstehen oder durch sie eine Entlastung des Arbeitsmarktes nicht herbeigeführt werden würde.

Die Reichstagsdiäten.

Briefwechsel Löbe—Stöhr.

Der Nationalsozialistische Parlamentsdienst veröffentlicht einen neuen Briefwechsel zwischen dem Reichstagspräsidenten Löbe und dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Stöhr zur Frage des Diätenverzichts der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten. Reichstagspräsident Löbe faßt seine Ansicht folgendermaßen zusammen: Für den Monat Februar sind alle Diäten von allen Abgeordneten erhoben, und es ist davon kein Pfennig in der Reichstagskasse vorhanden, für den März kündigen Sie im Brief vom 12. Februar an, daß Ihre Abgeordneten auf die Aufwandsentschädigungen nicht verzichten. Es könnte sich also nur um Beträge handeln, die im März wegen der Fehltage nach dem Gesetz abgezogen werden müssen. Über diese Beträge aber haben Sie nicht zu verfügen, da sie den fehlenden Abgeordneten nicht gehören, sondern in der Reichstagskasse verbleiben, die ja fehlenden Abgeordneten keine Aufwandsentschädigung auszahlen darf. Mir ist also immer noch nicht klar, welche Beträge Sie im März für die Verwendung in Aussicht nehmen, falls Ihre Fraktion nicht in den Reichstag wiederkehrt.

In dem Antwortschreiben des Reichstagsabgeordneten Stöhr wird zunächst hervorgehoben, daß nach dem Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag

an jedem Sitzungstage rund 3000 Mark an Diäten eingespart würden.

Es heißt dann weiter: Wenn der Rumpfreichstag „fleißig" wäre, und sagen wir, in diesem Jahre nur noch 100 Sitzungen abhielte, würden 300 000 Mark zur Verfügung stehen, die im Sinne unseres Antrages an die Bedürftigsten unter den ausgesteuerten Erwerbslosen zur Verteilung kommen könnten.

Das ist ganz unbestreitbar eine Summe, mit der sich sehr sehr viel Not und Elend in diesen Kreisen lindern ließe.

In Ihrem Schreiben vom 14. d. Mts. geben Sie ja selbst zu, daß infolge unseres Auszuges aus dem Young-Parlament gewisse Beträge

„in der Reichskasse verbleiben".

Ganz überflüssigerweise fügen Sie hinzu, daß über diese Beträge nicht wir zu verfügen hätten, da sie uns nicht gehörten. Wir haben nichts dergleichen behauptet, sondern lediglich beantragt, der Reichstag wolle beschließen, diese Beträge nicht in der Reichskasse zu belassen, sondern sie dem bedachten Zweck zuzuführen. Das Recht, einen solchen Antrag zu stellen, wollten Sie uns nicht nur pflichtwidrig bestreiten, sondern Sie haben darüber hinaus den unqualifizierbaren Versuch gemacht, unsere Handlungsweise und die Motive, denen sie entsprang, in gröbster Form im Interesse Ihrer Partei agitatorisch gegen uns auszubeuten.

König und Revolutionär

Lösung der spanischen Kabinettskrise.

Ein Gegner des Königs soll das Kabinett bilden.

Der König von Spanien hat, nachdem verschiedene Verhandlungen mit anderen Politikern gescheitert waren, Sanchez Guerra mit der Kabinettsbildung beauftragt. Eigentümlich muß es berühren, daß Sanchez Guerra, der wegen revolutionärer Umtriebe fast ein Jahr lang auf einem Kriegsschiff gefangengehalten worden war, jetzt das Vertrauen des Königs hat. Vor einiger Zeit hatte er in einer Rede, die damals großes Aufsehen erregte, erklärt, er sei zwar Monarchist, werde aber mit König Alfons nicht mehr zusammen arbeiten.

Madrid, 16. Februar. Im Laufe des Montag nachmittag hat der gleichfalls für das neue Kabinett infrage kommende Melquiades Alvarez im Auftrage von Sanchez Guerra die wegen Hochverrats gefangenen Republikaner und Sozialistenführer im Gefängnis besucht, um wegen einer Beteiligung dieser Revolutionäre an der neuen Regierung als Minister ohne Portefeuille zu verhandeln. Diese ganz ungewöhnliche Handlungsweise hat in den weitesten Kreisen größte Ueberraschung hervorgerufen. Nach mehrstündiger Verhandlung erklärten die Gefangenen, sie müßten eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, wenn nicht der König das Land sofort verlasse und im Auslande bleibe bis zum Entscheid durch die verfassungsgebende Cortes, also etwa drei Monate. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sanchez Guerra hat hierauf dem Republikaner und bedeutenden Arzt Maranon ein Portefeuille angeboten, das dieser aber ablehnte. Er scheint nun, daß lediglich die altbekannten Politiker der äußersten monarchistischen Linken das Kabinett bilden werden. Sanchez Guerra befindet sich zurzeit beim König. Man hört Gerüchte über einen angeblich für Dienstag früh geplanten Umsturzversuch der Republikaner und Sozialisten. Die Gerüchte sind jedoch mit Vorsicht aufzunehmen.

Sanchez Guerra.

Sanchez Guerra hat sich müde gearbeitet.

Er verhandelt Dienstag weiter.

Sanchez Guerra hat dem König am Montag mitgeteilt, er könne ihm an diesem Tage keine Ministerliste mehr vorlegen, da er zu müde sei, um weiter zu verhandeln. Er wolle am Dienstag mittag seine Unterredungen fortsetzen und nochmals versuchen, die im Gefängnis befindlichen republikanischen Politiker auf seine Seite zu bringen, ebenso wie den Republikaner Maranon.

Der Republikaner Zamora hat aus dem Gefängnis heraus eine Note veröffentlicht, in der er die augenblickliche Krise als den ersten Sieg der Revolution bezeichnet und die Massen aufruft, durchzuhalten bis zum Endsieg.

*

Die Wirren in Spanien.

Das schöne Spanien, dieser Unruheherd an dem sturmdurchtobten Golf von Biskaya, will nicht zum Frieden gelangen. Es ist nicht so lange her, daß Primo de Rivera, der sieben Jahre das Land unter einer erträglichen Diktatur gehalten hatte, zurücktrat und alsbald in Paris eines unerwarteten Todes starb. Damit war der oft bekämpfte, schließlich dennoch immer wieder siegreiche Diktator verschwunden und die ihm widerstrebenden Kreise atmeten Morgenluft. Sein Regiment war nicht leicht gewesen, hatte dennoch Ordnung gehalten und vor allem das Prestige Spaniens in Marokko bedeutend gehoben. So war es nicht leicht, an seine Stelle den passenden Nachfolger zu setzen, und dem König gelang es erst nach mancherlei Verhandlungen, den liberalen General Berenguer zu berufen. Die Konservativen, hauptsächlich aus den hohen Adelsfamilien sich rekrutierend, zogen schiefe Gesichter zu der Wahl eines Liberalen und verstanden sich nur zögernd zur Mitarbeit. Im Grunde ihres Herzens erkennen sie noch immer die herrschende Dynastie nicht an und sehnen sich nach längst verschwundenen — wie sie es nennen — legitimen Formen. Die breiten Volksmassen aber legen Wert auf Reformen sozialer Art und kümmern sich weniger um den Streit der Intellektuellen, die sich um diese und jene Parteifärbung entzweien.

Berenguer wollte auch äußerlich das Ende der Diktatur bekunden und versprach alsbald die unter der Herrschaft Primo de Riveras unterbrochenen allgemeinen Wahlen nachzuholen. Bei verschiedenen Anlässen bekräftigte er diese Absicht und berannte schließlich auch zum 1. März 1931 die Wahl einer neuen gesetzgebenden Volksvertretung an. Zwischendurch ereigneten sich immer wieder kleine Aufstände, die hauptsächlich dem Ehrgeiz hungriger Politiker ihr Leben verdankten, die sich aus dem Militärstande ergänzten. Man kennt die Geschichte der letzten Zeit in dieser Beziehung, kennt auch die Beteiligung der Studenten und Universitäten an den verschiedenen Putschen, während die Arbeiterschaft sich merkbar zurückhielt und offenbar dem Treiben der Militärs weniger günstig gegenüberstand.

So bietet sich das Bild eines durch seine geistig höherstehenden Klassen in fortwährende Parteikämpfe getriebenen Landes, dessen Massen dieses Getriebe kühl betrachten und hauptsächlich soziale Verbesserungen verlangen, ohne im einzelnen klar zu sein, worin diese Verbesserungen bestehen sollen, bei ihrer Verzögerung aber die Monarchie anklagen und von der geforderten Republik die Erfüllung ihrer einstweilen noch nebelhaften Wünsche erhoffen.

Der Monarch auf der anderen Seite ist natürlich mißtrauisch und fällt immer wieder auf die Ratgeber zurück, die ihm Vorsicht gegenüber der von Berenguer geplanten Nationalversammlung empfehlen und deren Machtvollkommenheit nach Möglichkeit einschränken wollen. Vor allen Dingen wollen sie sogenannte Bezirks- oder Provinzialwahlen vorangehen lassen und daraus erst die Nationalversammlung konstituieren. Republikaner und Sozialisten bezeichnen das als uralte Praktiken rückständiger Politiker, die nur geeignet seien, die Mißstimmung gegen den Thron zu vermehren. Sie fordern unbeeinflußte Wahl und offenes Spiel. Damit fanden sie beim Kabinett Berenguer starke Sympathien und der König entschloß sich kurzerhand, Berenguer den Laufpaß zu geben und die Nationalratswahlen vorläufig auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben.

Keine Rückkehr der Deutschnationalen in den Reichstag.

Berlin, 16. Februar. Gegenwärtig wird vielfach die Frage erörtert, ob und wann die Deutschnationalen in den Reichstag zurückkehren, wobei u. a. auf die bevorstehende Beratung des Wehrhaushaltes und der Osthilfe hingewiesen wird. Die parteiamtlichen Mitteilungen der DNVP. nehmen hierzu wie folgt Stellung:

Die Regierungparteien haben sich mit der Sozialdemokratie gegen die deutschnationale Opposition verbündet. Nun sollen sie sehen, wie sie mit diesem Bundesgenossen allein fertig werden. Sachlich ist hinzuzufügen, daß das neue Ostprogramm, nachdem fast ein Jahr nutzlos verstrichen ist, so unzulänglich ist, daß die Deutschnationalen es nicht als eine Einlösung des Wortes des Reichspräsidenten betrachten können. Sachlich ist zum Wehretat zu sagen, daß die Deutschnationalen der Reichswehrleitung — insbesondere nach dem letzten Erlaß des Generals von Hammerstein — mit absolutem Mißtrauen gegenüber stehen. Sie soll sich also an ihre jetzigen Freunde wenden, wenn sie Hilfe braucht. Vielleicht kommandiert die Sozialdemokratie nach bewährtem Muster 20 Mann ab. Gegenüber den Versuchen, ein Abbröckeln der Obstruktion zu konstruieren, kann nur auf die Rede Dr. Oberfohrens in Kiel hingewiesen werden, in der er die einstimmige Meinung der Fraktion wiedergibt, wenn er sagt: „Unsere Anhänger müssen jetzt auf kleinere Vorteile, die auf dem Wege des Kuhhandels erreicht werden könnten, verzichten. Jetzt geht es ums Ganze." Die Deutschnationalen halten es mit dem König von Sachsen: „Macht euren Dreck alleene". Sollte es sich Herr Brüning aber einfallen lassen, angesichts der Aussichtslosigkeit seiner Lage die Diktatur der schwarz-roten Koalition zu errichten, dann würde die nationale Opposition diesem Versuch nicht tatenlos zusehen.

Auch ein Notzeichen.

Die Ausfuhr Deutschlands beläuft sich im Januar auf 725 Millionen Mark. Hinzu kommen Reparationssachlieferungen in Höhe von 50 Millionen Mark. Die Handelsbilanz für Januar ergibt bei einer tatsächlichen Einfuhr von rund 625 Millionen Mark einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 100 Millionen Mark. Einschließlich der Reparationssachlieferungen ist die Ausfuhr gegenüber Dezember 1930 um 128

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF